

Positionspapier:

Für eine bessere Koordination der internationalen Wirtschaftspolitik

von Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Thilo Hoppe, Dr. Gerhard Schick und Ute Koczy

Funktionen der AutorInnen:

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn ist außenwirtschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Thilo Hoppe ist Vorsitzender des Bundestagnausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie Leiter der AG Globalisierung der grünen Bundestagsfraktion,

Dr. Gerhard Schick ist finanzpolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion und

Ute Koczy ist die entwicklungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

Inhaltsverzeichnis:

1. Einleitung.....	2
2. Kernprobleme der Koordination der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik	3
3. Reform der wirtschaftspolitischen Global Governance auf der politischen Agenda	4
4. Vier Wege zum Weltwirtschaftsrat.....	6
5. Widerstände, Hindernisse und Schritte, die weiterführen	8

1. Einleitung

Die Globalisierung der Märkte ist weit fortgeschritten. Durch die Globalisierung bedingen sich die wirtschaftlichen Entwicklungen der Staaten in starkem Maß gegenseitig. Das ist nichts Neues. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat aber gezeigt, dass der bestehende internationale Ordnungsrahmen mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten hat.

Die Finanzkrise hat sich in atemberaubendem Tempo auch zu einer Krise der Realwirtschaft ausgeweitet. Dafür gibt es mehrere Ursachen:

- Die Finanzmärkte waren unzureichend reguliert, bedingt durch den Wettbewerb der Nationalstaaten um die günstigsten Rahmenbedingungen für Finanzinvestoren.
- Es existierten eklatante Handels- und Zahlungsbilanzungleichgewichte. Während die USA auf Pump ihren Konsum finanzierten, steigerten insbesondere China und Deutschland ihre Exportüberschüsse immer weiter.

Auf die Wirtschaftskrise musste weltweit mit Maßnahmen reagiert werden, die sowohl den Finanzsektor stabilisierten als auch einen noch stärkeren Zusammenbruch der Nachfrage verhinderten. Zudem wurden erste strukturelle Reformen angestoßen. So zeichnen sich erste Maßnahmen ab, die Finanzmärkte stärker zu regulieren und dem Steuerwettbewerb nach unten durch die Eindämmung der Steueroasen entgegen zu treten.

Auch auf dem Feld der internationalen Währungspolitik hat eine Debatte darüber begonnen, ob eine neue Weltreservewährung eingeführt werden sollte. Dahinter steht das Ziel, sich auf Dauer weniger abhängig vom Dollar zu machen. Angestoßen unter anderem durch die Stiglitz-Kommission,¹ denkt nun auch der Internationale Währungsfonds darüber nach, „auf lange Sicht“ auf der Basis der Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds eine solche Weltreservewährung zu schaffen. Schwellenländer wie China, Russland, Brasilien unterstützen diese Debatte.

Seit Jahren wird auch über eine Reform der Governance-Strukturen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank diskutiert. Dabei geht es im Wesentlichen um die Erhöhung der Stimmrechte von Entwicklungs- und Schwellenländern und um die inhaltliche Ausrichtung der Bretton-Woods Institutionen. Diese müssten – im Lichte der Herausforderungen des Klimawandels und nur geringer Fortschritte bei der Verringerung der globalen Armut – soziale und ökologische Kriterien stärker berücksichtigen. Auch die Welthandelsorganisation muss weiter entwickelt werden: Ihre Regeln dürfen eine nachhaltige Entwicklung nicht blockieren, sondern müssen diese fördern.

Die Weltwirtschaftskrise hat aber auch gezeigt, dass eine Reform der Governance-Strukturen des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Welthandelsorganisation nicht ausreicht. Mit den vorhandenen Global-Governance-

¹ In Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise beauftragte die UN-Generalversammlung im letzten Jahr eine Expertenkommission mit der Aufgabe die Ursachen der Krise zu analysieren und einen Bericht zur Reform des internationalen Geld- und Finanzsystems vorzulegen. Die Kommission wird von dem Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz geleitet.

Strukturen im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik sind weder die Risiken frühzeitig erkannt worden, noch wies die internationale Reaktion auf die Krise die notwendige Kohärenz und Entschlossenheit auf, die notwendig gewesen wäre. Deswegen sehen wir auf dem Gebiet der Koordination der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik einen dringenden Handlungsbedarf.

Zudem erfordert der von uns angestrebte Green New Deal, dass die Wirtschafts- und Finanzpolitik besser mit der Umweltpolitik und der Sozialpolitik abgestimmt wird. Auch deswegen bedarf es internationaler Institutionen, die zu dieser Koordination in der Lage sind.

2. Kernprobleme der Koordination der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik

1. In dem Bereich der internationalen Wirtschaftspolitik gibt es eine Vielzahl von Organisationen und Gremien, deren Politiken nicht aufeinander abgestimmt sind:

Der Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) – verantwortlich für die Koordination der Spezialorganisationen der UN im Bereich der internationalen Wirtschaftspolitik - hat nur wenig Kompetenzen und ist mit seinen 54 Mitgliedern zu groß, um effizient zu arbeiten. Zugleich hat der ECOSOC kaum Entscheidungskompetenzen und keinen Einfluss auf die zahlreichen UN-Sonderorganisationen, wie den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank und die Internationale Arbeitsorganisation. Diese UN-Sonderorganisationen funktionieren weitgehend autonom und sind nur eingeschränkt den Politikzielen der Vereinten Nationen verpflichtet. So konnte es passieren, dass die UN einerseits die Reduzierung der weltweiten Armut anstrebt und andererseits der Internationale Währungsfonds Ländern Strukturanpassungsprogramme verordnet, die zu steigender Armut und zum Abbau von Sozialleistungen geführt haben. Soziale Sicherungssysteme wären gerade in der Krise als automatische Stabilisatoren extrem wichtig gewesen. Andere Organisationen wie die Welthandelsorganisation stehen völlig außerhalb des UN-Systems und sind nicht den wichtigsten Politikzielen der UN, wie zum Beispiel den Millenniumsentwicklungszielen, verpflichtet. Diese fragmentierte Struktur im Bereich der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik behindert ein kohärentes Vorgehen der internationalen Gemeinschaft. Gerade ein koordiniertes Vorgehen wäre aber aus sozial- und entwicklungspolitischer Sicht genauso notwendig wie für eine konsequente Durchsetzung umweltpolitischer Anliegen.

2. Die politisch handlungsfähigen „G-Gruppen“ stehen außerhalb des UN-Systems und verfügen über keine globale demokratische Legitimität:

Die Treffen der G8-Industrieländer haben zunehmend gezeigt, dass sie nicht mehr in der Lage sind, Vorentscheidungen zu treffen, die dann vom „Rest der Welt“ akzeptiert werden. Mit der Wirtschafts- und Finanzkrise hat die G20 eine Aufwertung erfahren. Zuvor traf sie sich auf Ebene der Finanzminister, inzwischen auf Ebene der Regierungschefs.

Die G20 sind zwar repräsentativer als die G8 oder G7, vor allem bezüglich des Bevölkerungsanteils und der Wirtschaftsleistung. Sie sind also „systemisch“ relevant bei der Lösung globaler Fragen. Gleichzeitig schließen sie aber weiterhin viele Länder von der Willensbildung aus. Abgesehen von den großen Schwellenländern sind die

Entwicklungsländer und der afrikanische Kontinent - mit Ausnahme Südafrikas - überhaupt nicht vertreten. Deswegen verfügen diese Gremien über keinerlei globale demokratische Legitimation.

3. Es existiert kein funktionierendes globales Frühwarnsystem, das die Risiken für die internationale Wirtschaft frühzeitig aufzeigen könnte. Es besteht kein Zweifel, dass die Verwerfungen im globalen Finanzsystem sich schon länger abzeichneten. Die daraus entstandenen Risiken wurden aber entweder nicht erkannt, nicht beachtet oder bewusst negiert. Dasselbe gilt für tiefer liegende Ursachen der Krise, wie die immensen Handelsungleichgewichte, die durch die Globalisierung entstandenen negativen Verteilungseffekte innerhalb der Volkswirtschaften und den dadurch zumindest mit verursachten wirtschaftlichen Instabilitäten. Die Wirtschaftskrise hätte nur verhindert werden können, wenn die weltwirtschaftlichen Verwerfungen frühzeitig beobachtet, einer umfassenden Prüfung auf mögliche Risiken unterzogen worden und die notwendigen Schlussfolgerungen gezogen worden wären. Das ist offensichtlich nicht geschehen.

4. Auch bei den antizyklischen Maßnahmen der Nationalstaaten und denen zur Stabilisierung der Finanzinstitutionen zeigt sich das Koordinationsproblem der internationalen Wirtschaftspolitik. Die Konjunkturprogramme und Stützungsaktionen für die Finanzinstitutionen können - auch wenn sie nicht direkt protektionistisch ausgerichtet waren - nachteilige Auswirkungen auf Entwicklungs- und Schwellenländer haben.

Ein weiteres Koordinationsproblem zeigt sich darin, dass in einer verflochtenen Weltwirtschaft die positiven Effekte eines Konjunkturprogramms nicht auf ein Land beschränkt werden können. Deswegen ist nicht ausgeschlossen, dass manche Länder von den Konjunkturprogrammen anderer Länder profitieren, ohne im gleichen Maße die eigenen Möglichkeiten für antizyklische Maßnahmen auszuschöpfen. Dies kann nicht nur zu ungleichen Belastungen führen, sondern es ist auch fraglich, ob ohne eine Koordination das optimale Volumen für ein antizyklisches Gegensteuern erreicht werden kann.

3. Reform der wirtschaftspolitischen Global Governance auf der politischen Agenda

Bereits in der Vergangenheit gab es zahlreiche Debatten und Kommissionen zur Neuordnung der internationalen Institutionen im Wirtschafts- und Finanzbereich und einer verbesserten Koordination der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Hervorzuheben ist die von dem damaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan eingesetzte hochrangige Expertenkommission, die bereits vor drei Jahren konkrete Vorschläge auf den Tisch gelegt hat, wie der ECOSOC reformiert und aufgewertet werden könnte: in ein Gremium, in dem 27 Regierungschefs aus allen Kontinenten vertreten sind und das die Aktivitäten der verschiedenen UN-Organisationen und internationalen Finanzinstitutionen koordiniert.

Diese Vorschläge blieben aber weitgehend folgenlos. Durch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise ist jedoch die Frage danach, wie die multilaterale Koordination der Wirtschaftspolitik verbessert werden kann, wieder aktuell.

Die Bundeskanzlerin Angela Merkel fordert die Schaffung eines neuen UN-Wirtschaftsrats und eine UN-Charta für nachhaltiges Wirtschaften. Leider sind diesen Forderungen keine Konkretisierungen und auch keine Taten gefolgt. Was sich genau hinter den Begriffen verbirgt, ist unklar. Aussagen zur Zusammensetzung, Aufgaben und Kompetenz bleibt die Bundesregierung auch auf Nachfrage schuldig. Merkels Vorschläge sind im Bundeskabinett zudem heftig umstritten. Zwischen dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), dem Wirtschaftsministerium, dem Finanzministerium und dem Bundeskanzleramt differieren die Meinungen, ob es eines neuen UN-Wirtschaftsrates bedarf und welche Aufgaben dieser übernehmen sollte.

Auf internationaler Ebene wurde die Diskussion über eine Reform der wirtschaftspolitischen Global Governance durch die Arbeit der von der UN eingesetzten Stiglitz-Kommission belebt. In dem Bericht der Kommission wird die Schaffung eines neuen Weltwirtschaftsrates vorgeschlagen. An die Vorschläge der Stiglitz-Kommission und der von Kofi Annan eingesetzten Expertenkommission knüpfen wir an.

Konkrete erste Schritte mit einer Langfristperspektive verbinden

In der jetzigen Situation kommt es darauf an, die Chance auf eine nachhaltige Verbesserung der Koordination der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht zu verpassen. Da eine einschneidende Reform der internationalen Governance-Strukturen im diesem Bereich auf vielfachen Widerstand stoßen wird, ist es wichtig, zum einen erreichbare Nahziele zu definieren, die als vorbereitende Schritte für nachhaltige und durchgreifende Reformen dienen können und zum anderen auch Entwicklungspfade für eine tiefgreifende Reform zu skizzieren.

Die Einrichtung eines internationalen Expertenpanels als erster Schritt

Die Stiglitz-Kommission schlägt als einen unmittelbaren Schritt auf dem Weg zu einer kohärenten und leistungsfähigen Global Governance-Struktur im Bereich der Wirtschaftspolitik vor, ein zwischenstaatliches Expertengremium einzurichten. Dies hätte die Aufgabe, systemische Risiken in Bezug auf die globale Wirtschaft und ihre Ursachen und Folgen für die menschliche Entwicklung zu analysieren. Der Fokus des Gremiums liegt zwar auf wirtschaftspolitischen Themen, aber es würde soziale und ökologische Implikationen berücksichtigen. Dieses Gremium wäre ein Forum für eine umfassende soziale, ökologische wie auch entwicklungsbezogene Perspektive auf die Weltwirtschaft.

Das Vorbild für dieses Gremium ist das erfolgreiche Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). Entsprechend dem Vorbild wäre dieses Gremium mit Experten sowohl aus den OECD-Ländern, den Schwellenländern wie auch den Entwicklungsländern besetzt.

Die Einrichtung dieses zwischenstaatlichen Expertengremiums wäre ein erster wichtiger Schritt, um die Koordination der internationalen Wirtschaftspolitik zu verbessern. Es wäre im Vergleich zu einem Weltwirtschaftsrat in deutlich kürzerer Zeit arbeitsfähig.

Perspektive: Globaler Weltwirtschaftsrat

Wir treten dafür ein, mittel- bis langfristig ein effizientes internationales wirtschafts- und finanzpolitisches Koordinationsgremium - einen globalen Weltwirtschaftsrat - zu etablieren. Für uns ist dabei zentral, dass dieses Gremium mit demokratischer Legitimität ausgestattet ist. Deswegen muss der Weltwirtschaftsrat im Rahmen der UN verortet sein.

Der Weltwirtschaftsrat sollte gleichrangig zum Sicherheitsrat angesiedelt sein. Dazu ist auch eine Gleichrangigkeit mit der UN-Generalversammlung notwendig. Wir wollen damit erreichen, dass der Weltwirtschaftsrat bei der Koordination internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik eine ähnliche politische Bedeutung erhält, wie der Weltsicherheitsrat bei Sicherheitsfragen. Das oben beschriebene zwischenstaatliche Expertengremium würde dem UN-Wirtschaftsrat nach seiner Einrichtung als Beratungsgremium zur Seite stehen.

Der UN-Weltwirtschaftsrat soll sich aus Staats- und RegierungschefInnen aller Kontinente zusammensetzen und die Führungen ausgewählter UN-Sonderorganisationen und Spezialorgane wie des Internationalen Währungsfonds, der Internationalen Arbeitsorganisation, der Weltbank und der Welthandelsorganisation einbeziehen. Der Weltwirtschaftsrat muss effizient arbeiten können. Deswegen darf das Gremium nicht zu groß sein, das zeigen die Erfahrungen mit dem ECOSOC. Aus diesem Grund treten wir - den Vorschlägen der von Kofi Annan eingesetzten Expertenkommission folgend - für eine Größe von 27 Mitgliedern ein. Alle Regionen der Welt müssen in einem ausgewogenen Verhältnis in diesem Weltwirtschaftsrat repräsentiert sein – Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer.

Innerhalb des Weltwirtschaftsrats sollte ein ständig tagender Exekutivrat geschaffen werden, in den die Regierungen Botschafter entsenden. Dieser soll auch Entscheidungsbefugnisse erhalten, z.B. wenn Umweltrecht im Konflikt mit Handelsrecht steht. Die wichtigsten Industrienationen sowie Entwicklungs- und Schwellenländer müssen in dem Exekutivrat einen ständigen Sitz erhalten. Neben den ständigen Mitgliedern sollen weitere nicht-ständige Mitglieder nach dem constituency-system entsandt werden.

Der Weltwirtschaftsrat sollte sich mit aktuellen Wirtschafts-, Umwelt-, Finanz- und entwicklungspolitischen Problemen auseinander setzen und Leitlinien für die internationale Wirtschafts-, Währungs- und Handelspolitik formulieren. Dabei ist uns besonders die Integration von ökologischen und sozialen Fragen ein wichtiges Anliegen.

Diese sollen dann von der Generalversammlung beschlossen und verpflichtend für alle der UN zugeordneten Sonderorganisationen (Internationaler Währungsfonds, Weltbank etc.) werden. Damit die Leitlinien auch für die Welthandelsorganisation gelten, muss diese in das UN-System als Sonderorganisation integriert werden.

4. Vier Wege zum Weltwirtschaftsrat

Neugründung eines Weltwirtschaftsrates:

Der Weg hin zu einem Weltwirtschaftsrat, den die Stiglitz-Kommission vorschlägt, ist die Neugründung dieses Gremiums. Der Weltwirtschaftsrat sollte eine gleichrangige

Bedeutung wie der Sicherheitsrat und die Generalversammlung haben. Dieser Neuanfang hätte den Vorteil, dass keine Rücksicht auf bestehende UN-Strukturen genommen werden muss. So wäre es möglich, einen sowohl effizienten, wie demokratisch legitimierten Weltwirtschaftsrat zu etablieren. Ein solcher Weg setzt aber eine Änderung der UN-Charta voraus, die dann von allen UN-Mitgliedern akzeptiert werden muss. Fraglich ist auch, ob sich bei einer Neugründung eines Weltwirtschaftsrates - unter dem Dach der Vereinten Nationen - die zurzeit bestehenden informellen Zusammenschlüsse (G8 und G20) auflösen oder als Parallelstrukturen weiterbestehen. Ein Weiterbestehen würde die Bedeutung des Weltwirtschaftsrates einschränken.

Ansatzpunkt ECOSOC:

Der bereits unter dem Dach der UN bestehende Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) könnte als Ausgangspunkt für die Einrichtung eines Weltwirtschaftsrats dienen. Zurzeit gehören dem ECOSOC VertreterInnen aus 54 Ländern der Welt an. Bislang ist das Gremium zu groß, um ein handlungsfähiges Organ zu sein. Wichtig wäre eine Straffung der Debatten, die Konzentration auf strategische Themen und die Einrichtung eines Exekutivausschusses mit wirksamer Steuerungsfunktion. Zudem müssen die Überschneidungen des ECOSOC-Mandats mit der Tätigkeit des zweiten (Wirtschaft und Finanzen) und dritten Ausschusses (soziale, humanitäre und kulturelle Angelegenheiten) verringert werden. Diese Schritte würden den Wirtschafts- und Sozialrat – auch ohne die darauf aufbauende Einrichtung eines Weltwirtschaftsrates – stärken (Kofi Annan 2005).

Darüber hinaus wäre es sinnvoll, die Aufgaben des ECOSOC auszuweiten. Er könnte die Umsetzung der international vereinbarten Entwicklungsziele (einschließlich der Millenniumsentwicklungsziele) überprüfen, Trends in der internationalen Entwicklungspolitik analysieren, die Effizienz der internationalen Institutionen überprüfen und die Kohärenz zwischen den verschiedenen Entwicklungspolitischen Zielen fördern. Der ECOSOC würde stark aufgewertet, wenn er für die internationale Wirtschafts-, Währungs- und Handelspolitik Leitlinien formulieren würde (Grüne Jugend 2007). Damit die Leitlinien ihre Wirkung entfalten, könnten sie von der Generalversammlung beschlossen werden und so verpflichtend für den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank werden.

So könnte seine untergeordnete Stellung aufgehoben und das Gremium zu Entscheidungen mit bindender Wirkung mandatiert werden, ohne die Charta der Vereinten Nationen ändern zu müssen. Allerdings würde dies den politischen Willen einer Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten erfordern. Und auch bei dieser Variante wäre das Fortbestehen von Parallelstrukturen (G8, G20), die ihre dominante Stellung verteidigen, wahrscheinlich.

Ansatzpunkt G8 und G20:

Ein weiterer möglicher Ausgangspunkt für die perspektivische Einrichtung eines Weltwirtschaftsrats sind die Gipfeltreffen der wichtigsten Industrieländer G8 und der Industrie- und Schwellenländer (G20). Um der Kritik und der schwindenden Legitimation der G8 zu entgehen, gibt es Vorschläge, die Gruppe zu erweitern, um das Legitimitätsdefizit und die Effektivität zu steigern. Der weltwirtschaftliche Einfluss der G8 schwindet, während die Großmächte des Südens immer mehr an Bedeutung gewinnen.

Deswegen wäre es sinnvoll, die G8 in die G20 zu integrieren und die bestehende G20 der Finanzminister dauerhaft auf die Ebene der Staats- und Regierungschefs zu heben. Das Prinzip der Selbstauswahl neuer Mitglieder durch die G20 müsste dann in einem weiteren Schritt aufgegeben werden. Stattdessen sollen neue Mitglieder aus Ländergruppen ausgewählt werden, damit z.B. auch die afrikanischen Länder angemessen repräsentiert sind. Wünschenswert wäre eine Stärkung der G 20. Aber nur, wenn diese erweiterte G20 in die UN-Strukturen eingebunden werden würde.

Gleichzeitige Reformen und spätere Zusammenlegung von ECOSOC und G20:

Der ECOSOC und die G20 könnten auch parallel reformiert und in einem Transformationsprozess miteinander verzahnt werden. Der ECOSOC mit seiner relativ geringen Handlungsfähigkeit und hohen Legitimität und die G20 mit ihrer hohen Handlungsfähigkeit und geringen Legitimität würden sich gegenseitig ergänzen. Der alte Zusammenschluss der wichtigsten Industrieländer, G8, könnte aufgelöst oder als informelles Netzwerk im Rahmen der G20 beibehalten werden. Die G20 müsste in einem weiteren Schritt um Vertreter von Entwicklungsländern erweitert und in die UNO-Strukturen eingebunden werden. Mittel- bis langfristig könnte dann aus einer Synthese von G20 und ECOSOC ein globaler Weltwirtschaftsrat entstehen, der den 2006 präsentierten Vorschlägen der von Kofi Annan eingesetzten Expertenkommission sehr nahe käme.

5. Widerstände, Hindernisse und Schritte, die weiterführen

Die UN-Konferenz zur Weltwirtschafts- und Finanzkrise (New York, 24-26. Juni 2009) hat gezeigt, dass die Reformdebatte um die Global-Governance-Strukturen von unerwartet starken Interessengegensätzen durchzogen ist. Während fast alle Entwicklungsländer die Vorschläge der Stiglitz-Kommission begrüßten und auf eine stärkere Rolle der UN in Wirtschafts- und Finanzfragen drängten, traten viele Industrienationen als Bremser auf. Die USA sprachen den Vereinten Nationen sogar das Recht ab, über Fragen der Entwicklungshilfe hinaus wirtschafts- und finanzpolitische Leitlinien zu formulieren. Dafür hätten sie weder ein Mandat noch die notwendige Expertise. Der US-Botschafter verwies auf die dafür zuständigen Institutionen wie den internationalen Währungsfonds und die Weltbank sowie auf die Effektivität bewährter informeller Zusammenschlüsse (G8 und G20).

Die Bundesregierung agierte widersprüchlich: Während sich die Entwicklungsmintisterin, die als Privatperson Mitglied der Stiglitz-Kommission ist, für eine Stärkung der Vereinten Nationen aussprach, betrachten andere Ressorts – allen voran das Wirtschaftsministerium – diesen Prozess skeptisch und verteidigten - ähnlich wie Amerikaner, Briten und Franzosen - die Dominanz von IWF, G8 und G20.

In der Schlusserklärung, die nach langem Tauziehen im Vorfeld der Konferenz ausgehandelt worden war, wird ein neu zu schaffender Weltwirtschaftsrat nicht mal erwähnt. Dafür wird jedoch der ECOSOC aufgefordert, die Einsetzung eines ständigen zwischenstaatlichen Expertengremiums nach Vorbild des IPCC zu prüfen und der UN-Generalversammlung ggf. konkrete Vorschläge zu machen. Dieses Expertengremium, in dem Ökonomen verschiedener Weltregionen und Denkschulen vertreten sein sollen, hätte die Aufgabe, auf Risiken in der Weltwirtschaft hinzuweisen und Vorschläge für mehr Kohärenz in der Global Governance auszuarbeiten.

Während sich viele Nichtregierungsorganisationen und die Vertreter der ALBA-Länder (u.a. Ecuador, Bolivien, Venezuela, Nicaragua und Kuba) enttäuscht von den mageren Ergebnissen der UN-Konferenz von New York zeigten, ist für Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz das Glas eher halb voll als halb leer. Aufgrund der zu erwartenden Blockadehaltung wichtiger Industrienationen habe er nicht damit gerechnet, dass es zu bahnbrechenden Beschlüssen kommen werde, erklärte er nach der UN-Konferenz. Immerhin bestünde jetzt die Chance, dass die ebenfalls von der Stiglitz-Kommission vorgeschlagene ständige Expertenkommission durch den ECOSOC auf den Weg gebracht werde.

Unserer Meinung nach kommt es nun darauf an, dass der ECOSOC so schnell wie möglich den ihm zugespielten Ball aufnimmt. Dies wird nicht von allein geschehen, sondern nur dann, wenn Reform orientierte Industrie- und Entwicklungsländer Allianzen schmieden und gemeinsam im ECOSOC gute Vorschläge für ein Mandat, ein Konzept und die Zusammensetzung eines solchen ständigen Expertengremiums auf den Tisch legen.

Sollte dieser Prozess gelingen und eine von der UN-Generalversammlung mandatierte und kompetente Expertenkommission ihre Arbeit aufnehmen, würde dies der Debatte um notwendige Reformen der Global Governance in Wirtschafts- und Finanzfragen eine neue Dynamik geben. Dafür müsste sich die Expertenkommission allerdings ähnlich Gehör verschaffen können wie der IPCC. Mit Joseph Stiglitz sind wir der Meinung, dass dieser Prozess zwar langsam voranschreiten aber letztendlich nicht aufzuhalten sein wird.

Ob am Ende tatsächlich ein durchsetzungsfähiger Weltwirtschaftsrat unter dem Dach der Vereinten Nationen stehen wird, hängt davon ab, ob die G8- und G20-Staaten ihre Exklusivität und wenigstens einen Teil ihrer Privilegien aufgeben. Eine Schlüsselfunktion kommt dabei den Schwellenländern zu. Viele G8-Staaten haben erkannt, dass sie die globalen Herausforderungen nicht mehr ohne die wichtigsten Schwellenländer lösen können. Deswegen plädieren sie für eine Erweiterung ihres informellen Zusammenschlusses. Werden sich die Schwellenländer nun lieber als „Neureiche“ dauerhaft einem „exklusiven Club der Reichen“ (G13-20) anschließen oder eine Scharnierfunktion einnehmen und dazu beitragen, dass im Rotationsverfahren noch einige Vertreter von Entwicklungsländern dazukommen? Auf diesem Wege könnten die G20 und der ECOSOC reformiert, miteinander verzahnt werden und in einem Weltwirtschaftsrat unter dem Dach der Vereinten Nationen aufgehen.

Auch wenn der ursprüngliche Vorschlag der Stiglitz-Kommission – schwungvolle Neugründung eines Weltwirtschaftsrates ohne Rücksicht auf alte Lasten und Strukturen – attraktiv ist, so hat die New Yorker UN-Konferenz und besonders das Agieren der G8-Staaten gezeigt, dass der schnelle große Wurf leider nicht durchsetzbar ist. Ohne das Ziel aus den Augen zu verlieren, plädieren wir für den mühevollen Weg innerhalb der bestehenden Institutionen: für eine parallele Reform- und einen Transformationsprozesse in der G20 und im ECOSOC.

Auch auf diesem Weg wird es genügend Hindernisse und Widerstände geben, die nur dann überwunden werden können, wenn sich reformorientierte Regierungen, Parlamentarier und soziale Bewegungen zusammenschließen. Die enormen globalen Herausforderungen – Wirtschafts-, Finanz-, Ressourcen- und Ernährungskrise sowie

der Klimawandel – machen deutlich: „business as usual“ ist keine Option. Wir müssen alle Anstrengungen bündeln, um zu mehr Kohärenz in der Global Governance-Struktur zu kommen. Hierfür benötigen wir Institutionen und Instrumente, die deutlich größere Kompetenzen für eine Koordination der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik haben und mit denen der Globalisierung ein menschliches Antlitz gegeben werden kann. Eine Alternative hierzu gibt es nicht.

Literatur:

United Nations: Conference on the World Financial and Economic Crisis and It's Impact on Development (Draft Outcome),
http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/CONF.214/3&Lang=E

Andrew F. Cooper/Thomas Fues (2005): L20 und ECOSOC-Reform: Komplementäre Bausteine zur Stärkung der Global Governance-Architektur und der vereinten Nationen, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik

Commission of Experts of the President of the United Nations General Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial System, 2009, Preliminary Report, <http://www.un.org/ga/president/63/interactive/financialcrisis/PreliminaryReport210509.pdf>

Grüne Jugend (2007): Global Governance Reformen nicht verschlafen - Die Initiative G8+5 der Bundesregierung ist keine Alternative! Beschluss der GRÜNEN JUGEND auf dem 29. Bundeskongress in Würzburg, 04.11.2007, <http://www.gruene-jugend.de/beschluesse/393218.html>

Jens Martens (2009): UN-Konferenz zur globalen Finanzkrise 2009, Global Policy Forum Europe

Jens Martens (2006): Die Reform des UN-Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC): Eine unendliche Geschichte, Global Policy Forum Europe

Kofi Annan (2005): In größerer Freiheit: Auf dem Weg zu Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechten für alle, Bericht des Generalsekretärs